

### Die Budgetdebatte im Stadtrat.

**Tschechische Schulforderungen.** — Bezirkswünsche wegen Pflasterungen, Kanalen und Bädern. — Die erhöhten Markt-, Lagerhaus- und Schlachthausgebühren. — Fenerungszulagen für Wälder. — Tuberkulosefürsorge. — Streichung der Kosten der Fronleichnamsprozessionen.

Die Beratung des Hauptvoranschlags für das kommende Verwaltungsjahr wurde gestern im Stadtrate fortgesetzt, jedoch nicht beendet. Von dem aus 13 Verwaltungsgruppen bestehenden Voranschlag wurden bisher 10 Gruppen erledigt, wobei die Beratung einzelner Kosten eine längere Debatte hervorrief. Namentlich die Gruppe der öffentlichen Arbeiten gab den Anlaß zu einer gründlichen Erörterung des Zustandes der öffentlichen Straßenpflege und der Verhältnisse bei der Straßenüberung. Ebenso eingehend wurde über das Markt- und Approvisionierungswesen gesprochen, und bei der Gruppe des Sanitätswesens die Tuberkulosefürsorge und die Angelegenheit der öffentlichen Bäder eingehend erörtert. Den Schluß der gestrigen Beratungen bildete die Gruppe „Kultusangelegenheiten“, bei der es zwischen Sozialdemokraten und Christlichsozialen zu einer sehr lebhaften Auseinandersetzung kam, nachdem die ersteren aus prinzipiellen Gründen die Streichung der Kosten für die kirchlichen Umzüge bei den Fronleichnamsprozessionen beantragten. Die Post wurde mit Mehrheitsbeschluß gestrichen. Nachdem der Hauptvoranschlag gestern im Stadtrat nicht verabschiedet

werden konnte, wird die Beratung heute vor-mittags fortgesetzt, damit in der heute um 3 Uhr nachmittags beginnenden Gemeinderatssitzung der Voranschlag der Gemeinde Wien auf die Tagesordnung gestellt werden kann. Der Gemeinderat wird in dieser Woche außer der heutigen noch zwei und möglicherweise am Montag eine weitere Sitzung zur Erledigung des Hauptvoranschlags abhalten.

Die wichtige Frage der Bedeckung des Miensdefizits ist bisher noch nicht gelöst. Bekanntlich hat am Sonntag der Vorstand des Sozialdemokratischen Klubs im Gemeinderate den Mitgliedern empfohlen, die vom Magistrat zur teilweisen Deckung des Abganges beantragte Erhöhung der Zinsbeller von 8% auf 35% Heller abzulehnen. Die sozialdemokratischen Gemeinderäte waren vorgestern zu einer Klubberatung versammelt, doch wurden, wie verlautet, keine bestimmten Anträge in dieser Richtung beschlossen.

Ueber den Verlauf der Stadtratsitzung ist folgendes zu berichten: Bei Erörterung über die Wiederinstandsetzung der vom Militär benützt gewordenen Schulen verlangte der tschechische Stadtrat Sirotel, daß die hiedurch freierwerdenden Schulgebäude für die Aufnahme von tschechischen Kindern bestimmt werden. Der Finanzreferent, Stadtrat Breitner, erwiderte, daß der Minoritätenklub, zu dem auch die Angelegenheit der tschechischen Schulen in Wien gehöre, seine Regelung gelegentlich des Friedensvertrages fänden werde. Von diesen Bestimmungen, vor allem andern aber von der Behandlung, die die deutschen Minoritäten im tschechischen Gebiete finden werden, hänge die Haltung der Gemeinde Wien in dieser Angelegenheit ab. Daher könne nicht empfohlen werden, jetzt schon nach irgendeiner Richtung hin bindende Beschlüsse zu fassen.

Bei der Gruppe „Sicherheitswesen“ beantragte Stadtrat Speiser die Einholung eines Beschlusses der Landesversammlung wegen Erhöhung des zweiprozentigen Beitrages der Feuerversicherungsgesellschaften zur Erhaltung der Feuerwehr. Er begründete diesen Antrag damit, daß diese Gesellschaften aus der all-gemein anerkannten Tüchtigkeit der Wiener Feuerwehr bedeutenden Nutzen ziehen.

Bei Besprechung der Gruppe „Öffentliche Arbeiten“ begegneten sich die Redner beider Parteien in dem Wunsche, daß das Stadtbauamt in allernächster Zeit über die Neugestaltung der Straßenüberung dem Stadt- und Gemeinderate Vorschläge erstatten möge.

Bei Beratung der Straßenpflasterung und Kanalbauten wurden von den meisten Stadträten Bezirkswünsche vorgebracht, darunter von Stadtrat Körber die Förderung nach endlicher Kanalisierung des Praters aus sanitären Gründen und das Verlangen nach Fertigstellung der Wipernbrücke. Stadtrat Bangoin trat für Kanalisierungen im 13. Bezirk ein und beantragte auch, sich mit dem Verkehrsamt wegen der Wiedereröffnung der Stadtbahn ins Einvernehmen zu sehen, damit wenigstens während der Sommermonate die Möglichkeit einer besseren Verbindung der äußeren Bezirke mit der Stadt bestehe. Ueber die Staublage sprach Vizebürgermeister Hoff, der auch auf den Plan der Ampflasterung hinwies, der von der früheren Mehrheit entworfen wurde, dessen Ausführung aber der Krieg verhindert habe. Stadtrat Müller (17. Bezirk) beantragte die Vergesellschaftung des Pflasterungsgewerbes; der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Die Verwaltungsgruppe über „Markt- und Approvisionierungswesen“ bot Gelegenheit zu einer eingehenden Erörterung, in deren Verlaufe Stadtrat Korba einen Magistratsantrag auf Erhöhung der Markt-, Lagerhaus- und Schlachthausgebühren vorlegte. Es wird eine 100 bis 400prozentige Erhöhung vorgesehen. Vizebürgermeister Hoff erklärte im Namen der Christlichsozialen, sich gegen diese bedeutende Erhöhung aussprechen zu müssen, weil hiedurch wieder eine Teuerung der Lebensmittel hervorgerufen würde, denn die Geschäftskente würden die neuen Lasten auf die Verbraucher überwälzen. Der Antrag wurde mit den Stimmen der Mehrheit angenommen. Stadtrat Körber beantragte die Schaffung eines stadtträtklichen Ausschusses zur Behandlung der Versorgungsfragen und Beschaffung von Lebensmitteln.

Bei der Gruppe „Sanitätswesen“ trat Stadtrat Dr. Grün für eine bedeutende Vermehrung der für die Tuberkulosefürsorge zur Verfügung stehenden Spitalsbetten ein. Stadträtin Amalie Seidl beantragte die Einstellung einer Post von 50,000 Kronen für die Errichtung eines Krematoriums in Wien. Bei der Post „Bäder“ verlangte Stadtrat Müller (12. Bezirk) die Errichtung eines Volksbades in Meidling und Stadtrat Kummelhardt die Errichtung eines

Bades im 8. Bezirk. Diese beiden Anträge wurden abgelehnt.

Die Gruppe „Armen- und Wohlfahrtswesen“ wurde ohne Debatte angenommen. Stadtrat Breuer stellte den Antrag, die Wälder, zu welchen bereits ein 50prozentiger Teuerungszuschlag vor zwei Jahren gewährt wurde, neuerlich um 50 Prozent zu erhöhen. Der Antrag, für den sich besonders Bürgermeister Reumann einsetzte, wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Bei der Gruppe „Kultusangelegenheiten“ beantragte Stadtrat Jfer die Streichung der Post „Auslagen für Fronleichnamsfestlichkeiten“. Der Magistrat hat hierfür einen Betrag von 23,000 Kronen eingekostet. Die christlichsozialen Stadträte erhoben heftigen Widerspruch gegen die Streichung, für die die Sozialdemokraten und Stadtrat Sirotel stimmten, wodurch der Antrag mit Mehrheit zum Beschlusse erhoben wurde.

Die Beratung im Stadtrat wird heute fortgesetzt und umfaßt noch die Gruppen „Unterrichtswesen“, Konstriktion- und Militärangelegenheiten“, sowie „Einnahmen und Ausgaben für verschiedene in den früheren Gruppen nicht enthaltene Zwecke“. Schließlich muß auch hinsichtlich der Frage der Bedeckung des Betriebsabganges im Haushalte der Stadt Wien ein Antrag dem Gemeinderate vorgelegt werden.

Der Klub der christlich-sozialen Gemeinderäte nahm in seiner gestrigen Sitzung zur Beratung des Voranschlags der Gemeinde Wien Stellung. Die Mitglieder führten lebhafteste Klage darüber, daß am Vortage des Beginnes der Budgetdebatte ein großer Teil der Vorlagen noch immer nicht in ihre Hände gelangt und daher eine Entscheidung zu treffen geradezu unmöglich ist, da hierzu jede Grundlage fehlt. Grundsätzlich wurde beschlossen, vorbehaltlich der Stellungnahme zu einzelnen Posten, für das Budget zu stimmen. Hierüber wird ein Vertreter des Klubs im Gemeinderate sich eingehend äußern. Als Redner in der Generaldebatte wurden Gemeinderat Kunschak, Vizebürgermeister Hoff, Stadtrat Dr. Kienböck, Gemeinderat Schmitz, Stadträtin Dr. Anna Seih, Stadtrat Breuer und Gemeinderat Waldsam bestimmt. Ueber die Bedeckungsfrage konnte nicht Beschluß gefaßt werden, da hierüber noch keinerlei Antrag des Stadtrates vorliegt.